

Änderungsanträge zur ver.di Grundsatzzerklärung vom 20.06.2009 ÖFBV Berlin FB 9

- I. Der ÖFBV begrüßt, den Schritt den Entwurf der Grundsatzzerklärung ins Mitgliedernetz und zur Diskussion zu stellen. Das ist ein richtiger Schritt in Richtung mehr Transparenz und Mitwirkung in ver.di.
- II. Der ÖFBV fordert den Gewerkschaftsrat auf, diese Erklärung nicht zu verabschieden, sondern grundlegend zu überarbeiten.
- III. Der in dem Entwurf gewählte Ton entspricht nicht der sich verschärfenden Situation von ArbeitnehmerInnen, SeniorInnen, Jugendlichen und Arbeitslosen.
- IV. Wesentliche Punkte fehlen in dem Entwurf. Diese sind: (im Folgenden kursiv und rot hervorgehoben)

Unser Selbstverständnis

1. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können nur durch gemeinsames Handeln in starken Gewerkschaften ihre sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftspolitischen Interessen in der Arbeitswelt, in der Gesellschaft und im Staat wirkungsvoll vertreten.

Gewerkschaften sind Kampforganisationen der Lohnabhängigen und keine Dienstleistungsbetriebe. Gewerkschaften existieren auf Dauer nur als Kampforganisationen. Elementare Aufgabe der Gewerkschaften ist es die Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen zu beseitigen. Dazu ist größtmögliche Einheit und größtmöglicher Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft notwendig. Co-Management auf betrieblicher Ebene und Bündnisse mit Regierungen führen zu immer größeren Rückschritten und Niederlagen und werden abgelehnt. Als Kampforganisation der arbeitenden Bevölkerung setzt sich ver.di für die Einheit der arbeitenden Menschen ein. Sie bekämpft jede Form von rassistischer und sexistischer Diskriminierung. Der Standortpropaganda und dem internationalen Konkurrenzkampf setzen wir grenzüberschreitende Solidarität und internationale Gegenwehr entgegen. Innergewerkschaftliche Demokratie und Basisstrukturen sind notwendig, um die Mitgliedschaft an Diskussionen und Entscheidungen zu beteiligen. Bei Tarifauseinandersetzungen müssen Forderungen und Kampfmaßnahmen demokratisch diskutiert und beschlossene Forderungen werden. Die Mitgliedschaft muss jederzeit wissen worüber verhandelt wird. Bei Urabstimmungen über die Annahme eines Tarifabschlusses sind 50% der abgegebenen Stimmen notwendig. Gewerkschaftsfunktionäre müssen wählbar und jederzeit abwählbar sein. Die Einkommen von hauptamtlichen Funktionären muss auf das durchschnittliche Einkommen der Mitgliedschaft von ver.di beschränkt sein.

2. Gegründet im Jahre 2001 ist ver.di die Interessensvertretung für die Erwerbstätigen aus dem Dienstleistungsbereich und der dienstleistungsnahen Industrie, dem Medien-, Kultur- und Bildungsbereich. Sie ist Gewerkschaft von Männern und Frauen in Erwerbsarbeit und Erwerbslosigkeit, in Bildung und Ausbildung und im Ruhestand.

3. Gemeinsam stellen wir der Macht der privaten und öffentlichen Arbeitgeber die Macht der organisierten Arbeit gegenüber. Mit unserem Zusammenschluss begrenzen wir die Konkurrenz untereinander auf dem Arbeitsmarkt. Darin liegt unsere Antwort auf den Grundwiderspruch zwischen der Arbeit der Menschen, ihren Fähigkeiten, Fertigkeiten, ihrem Können und ihrer Leistung, durch die sie Werte schaffen und dem Charakter ihrer Arbeitskraft als einer Ware, deren Wert als Kostenfaktor berechnet und deren Preis auf dem Arbeitsmarkt bestimmt wird.

Der Kapitalismus spaltet die Gesellschaft in Produktionsmittelbesitzer und Lohnabhängige. Zwischen der besitzenden und der lohnabhängigen Klasse herrscht ein unüberwindbarer Interessengegensatz.

4. Mit und für die abhängig Beschäftigten legt ver.di die Arbeitsbedingungen mit den Arbeitgebern in Tarifverträgen fest. Diese haben Vorrang vor ungünstigeren Bestimmungen in Arbeitsverträgen. ver.di nimmt Einfluss auf den Staat, die Gesetzgebung und die Rechtssprechung. ver.di ist Gegen- und Gestaltungsmacht zugleich.

Die Reallöhne sinken immer weiter. Wegen Niedriglöhnen sind immer mehr Menschen trotz eines Arbeitplatzes arm. Arbeitsbedingungen und Arbeitsintensität untergraben die Gesundheit. Mit dem Ziel Flexibilisierung verbinden die Arbeitgeber die jederzeitige zuschlagsfreie Verfügbarkeit über unsere Arbeitskraft. Während Millionen erwerbslos sind, müssen Millionen Erwerbstätige immer länger arbeiten. Lohnverzicht schafft keine Arbeitsplätze. Die Tarifpolitik orientiert sich deshalb an folgenden Forderungen:

- Für einen Mindestlohn von brutto 2.000 Euro bzw. einem Stundenlohn von brutto 12 Euro pro Arbeitsstunde und automatische jährliche Erhöhung entsprechend der Inflationsrate
- 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Nein zu „leistungsabhängigen“ Lohnbestandteilen
- Abschaffung aller Ost-Tarife und Schaffung einer Tarifeinheit im gesamten Bundesgebiet
- Für Lohnerhöhungen, die den Reichtum zugunsten der abhängig Beschäftigten verteilen und die Reallöhne erhöhen.
- Größtmögliche bereichs- und branchenübergreifende Einheit und Bündelung der Kampfkraft in Tarifauseinandersetzungen

5. ver.di beruht auf dem Grundsatz der gegenseitigen Hilfe. ver.di bietet Hilfe im Streik und bei Aussperrungen, Unterstützung und Rechtsbeistand in Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern, Rechtsschutz vor den Arbeits-, Sozial- und Verwaltungsgerichten, soziale Leistungen und ein vielfältiges Bildungsangebot. Dafür schaffen die Mitglieder mit ihren Beiträgen die Voraussetzung.

6. Die Willensbildung in ver.di geht von den Mitgliedern aus. Die von ihnen und ihren Delegierten gewählten Vorstände sind ihnen gegenüber verantwortlich.

7. Die Vielfalt der Berufe und Tätigkeitsfelder, der Anforderungen und Interessen der Beschäftigten immer wieder zum gemeinsamen und solidarischen Handeln zu vereinen, bedarf gegenseitiger Anerkennung und Respekt. Durch innergewerkschaftliche Demokratie aus Vielfalt Einheit zu schaffen und die Einheit in der Vielfalt zu bewahren, ist unser ständiger Auftrag. Dies sichert uns Erfolg als einer Gewerkschaft, die alle beruflichen Statusgruppen einschließt.

8. In ver.di haben sich Menschen unterschiedlicher Weltanschauung, Religion, Herkunft, Kultur und politischer Orientierung zusammengeschlossen. ver.di ist eine Einheitsgewerkschaft unabhängig von Arbeitgebern, Staat, Parteien, Kirchen und Verbänden. Sie bestimmt ihre Ziele, ihre Forderungen, ihr Programm eigenständig. Sie ist nur den Interessen der Mitglieder und ihren gemeinsamen Werten verpflichtet.

9. Um ihre Forderungen und ihre Ziele durchzusetzen, sucht Ver.di Bündnispartner in der Politik, in sozialen Bewegungen, Parteien, Kirchen und anderen Gruppen und Organisationen der Gesellschaft.

10. ver.di will die Menschenwürde in der Arbeit zur Geltung bringen und dazu beitragen, die allgemeinen Menschenrechte zu verwirklichen. Wir wollen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft demokratisieren und setzen uns für gleiche Teilhabemöglichkeiten von Männern und Frauen ein. Wir kämpfen gegen jede Form von Ausbeutung, und Unterdrückung, Diskriminierung und Rassismus.

Der Neoliberalismus ist Ausdruck der Krise des Kapitalismus. Wegen der Beschränktheit der

Märkte und der damit verbundenen Beschränkung für die Profitproduktion suchen die Kapitaleigentümer ihre Profite durch verstärkte Ausbeutung der Arbeitskraft, durch staatliche Umverteilung, durch Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung zu maximieren. Globalisierung ist die Internationalisierung des Neoliberalismus. Ver.di lehnt die neoliberale Globalisierung und ihre Institutionen (WTO, IWF, EU-Kommission) ab und verteidigt alle in der Vergangenheit erkämpften Standards und Rechte. Privatisierte Betriebe müssen wieder in Gemeineigentum rücküberführt werden. Banken und Konzerne müssen verstaatlicht und unter demokratische Kontrolle der Beschäftigten gestellt werden. Der öffentliche Sektor muss durch ein Investitions- und Beschäftigungsprogramm in den Bereichen Gesundheit, Umwelt, öffentlicher Verkehr, Bildung und Soziales ausgebaut werden. Jegliche Sozialkürzungen und Verschlechterungen bei den Renten und im Gesundheitswesen lehnt ver.di ab. Militarisierung, Aufrüstung und Kriege lehnen wir ab. Der Kampf gegen Angriffe auf die Rechte und Interessen der arbeitenden Bevölkerung wird konsequent, d.h. auch mit Einsatz des Mittels politischer Streik und Generalstreik geführt.

V. Die Abschnitte zu „Unsere Werte“ und „unsere Leitbilder“ können gestrichen werden.